

Resolution des Stadtrats der Stadt Friedrichsthal zur Sicherstellung einer auskömmlichen und nachhaltigen Finanzierung der kommunalen Familie:

Der Stadtrat der Stadt Friedrichsthal beschließt folgende Resolution an die Saarländische Landesregierung und den Saarländischen Landtag und alle darin vertretene Fraktionen:

Städte und Gemeinden bilden das Fundament unseres Gemeinwesens. Ein wesentlicher Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur wird vor Ort erbracht: Schulen und Kindertagesstätten, Feuerwehrgerätehäuser, Straßen und Plätze, Sport- und Turnhallen, Gemeinschafts- und Bürgerhäuser, Spielplätze sowie zahlreiche weitere öffentliche Einrichtungen prägen unmittelbar die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger.

Die finanzielle Situation der kommunalen Familie hat sich in den vergangenen Jahren jedoch erheblich verschärft. Steigende Sozial- und Personalausgaben, zusätzliche Aufgaben und Standards sowie wachsende Kosten für die Unterhaltung der bestehenden Infrastruktur treffen auf einen erheblichen Investitionsstau. Gleichzeitig werden die finanziellen Handlungsspielräume der Städte und Gemeinden immer geringer.

Auf die dramatische Entwicklung der Kommunalfinanzen wurde zuletzt auch im Rahmen der bundesweiten Aktion „Kommunen am Limit“ aufmerksam gemacht, an der sich die kommunale Ebene vor Ort parteiübergreifend beteiligt hat. Eine dauerhaft leistungsfähige kommunale Selbstverwaltung setzt deshalb eine aufgabengerechte und auskömmliche Finanzausstattung voraus. Investitionsprogramme können dabei einen wichtigen Beitrag leisten, eine strukturelle Unterfinanzierung der laufenden kommunalen Haushalte aber nicht ersetzen. Ebenso kann eine Ausweitung der Kreditaufnahme kurzfristig Liquidität schaffen, stellt jedoch keine dauerhafte Lösung dar und belastet die Handlungsfähigkeit zukünftiger Haushalte.

Von besonderer Bedeutung ist deshalb die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA). Die angekündigte grundlegende Neuordnung wird nun nicht mehr in der laufenden Legislaturperiode umgesetzt. Gleichzeitig zeigt die aktuelle Entwicklung einen erheblichen Handlungsbedarf: Für das Jahr 2027 werden die von den Städten und Gemeinden zu tragenden Kreisumlagen landesweit auf rund 1,1 Milliarden Euro prognostiziert, während die KFA-Zuweisungen bei lediglich rund 900 Millionen Euro liegen werden. Damit übersteigen die Kreisumlagen die KFA-Zuweisungen an die Städte und Gemeinden.

Der Rat teilt daher die Sorge des Saarländischen Städte- und Gemeindetages (SSGT) über die weitere Entwicklung der kommunalen Finanzen. Das parteiübergreifend besetzte Präsidium des SSGT hat einstimmig eine Übergangslösung bis zum Inkrafttreten eines reformierten KFA gefordert. Danach soll der Kommunale Finanzausgleich um mindestens 200 Millionen Euro beziehungsweise auf die Höhe der Kreisumlagen ab dem Jahr 2027 aufgestockt werden. Diese Forderung ist angesichts der aktuellen Finanzentwicklung nachvollziehbar und notwendig.

Eine grundlegende Reform des KFA bleibt unverzichtbar. Bis zu ihrem Inkrafttreten darf jedoch keine weitere Verschärfung der strukturellen Unterfinanzierung eintreten. Zugleich müssen neue oder ausgeweitete Aufgaben und Standards, die Bund oder Land der kommunalen Familie übertragen, dauerhaft auskömmlich finanziert werden. Das Konnexitätsprinzip muss konsequent gelten: Wer zusätzliche Aufgaben oder Standards veranlasst, muss auch deren Finanzierung sicherstellen.

Vor diesem Hintergrund fordert der Stadtrat der Stadt Friedrichsthal die Saarländische Landesregierung und den Landtag des Saarlandes auf,

1.

bis zum Inkrafttreten eines reformierten Kommunalen Finanzausgleichs eine Übergangslösung zu schaffen und den KFA entsprechend der Forderung des SSGT um mindestens 200 Millionen Euro beziehungsweise auf die Höhe der Kreisumlagen ab 2027 aufzustocken,

2.

die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs auf Grundlage des laufenden Begutachtungsprozesses schnellstmöglich abzuschließen und einen aufgabengerechten, verfassungskonformen und dauerhaft tragfähigen KFA zu schaffen,

3.

bei der zukünftigen Übertragung neuer Aufgaben oder der Anhebung von Standards auf eine vollständige und dauerhafte Finanzierung der dadurch entstehenden kommunalen Belastungen zu achten,

4.

sich gegenüber dem Bund weiterhin für eine strukturelle Entlastung der kommunalen Familie, insbesondere bei den stark gestiegenen Sozialausgaben, einzusetzen.

Der Stadtrat von Friedrichsthal stellt zugleich fest, dass Investitionsprogramme und zusätzliche Bundesmittel einen wichtigen Beitrag zur Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur leisten. Sie ersetzen jedoch keine dauerhaft auskömmliche Finanzausstattung über den Kommunalen Finanzausgleich. Entscheidend ist, dass die kommunale Familie auch langfristig in die Lage versetzt wird, ihre gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen und ihre verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltung tatsächlich wahrzunehmen.

Der Stadtrat von Friedrichsthal beauftragt die Verwaltung, diese Resolution der Ministerpräsidentin des Saarlandes, dem Minister für Finanzen und Wissenschaft, dem Minister für Inneres, Bauen und Sport sowie den Fraktionen im Landtag des Saarlandes zuzuleiten.

Eine starke kommunale Familie liegt im gemeinsamen Interesse aller politischen Ebenen und Parteien. Die nachhaltige Stabilisierung der Kommunalfinanzen ist deshalb keine parteipolitische, sondern eine gemeinsame staatliche Aufgabe.